

Junggrüne Medienpolitik – frei, vielfältig, kreativ

Eine Vielzahl verschiedener Medien wird von vielen Menschen fast täglich genutzt. Medien, oder auch "Kommunikationsmittel mit Breitenwirkung", wie beispielsweise Film, Radio, Fernsehen sowie Online und Offline-Zeitungen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark und schnell verändert. Grundsatz unserer junggrünen Politik ist es stets allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, dies gilt auch für Medien. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen beim technologischen Fortschritt mitgenommen werden können und eine vielfältige Medienlandschaft in Bayern bestehen und wachsen kann.

Lebenslang up to date!

Veränderungen in der Medienlandschaft geschehen immer schneller. Daher setzt die GRÜNE JUGEND Bayern sich für die lebenslange Möglichkeit für alle Menschen an Weiterbildungen teilzunehmen ein. Eine digitale Spaltung der Gesellschaft gilt es vorzubeugen.

Auch an den Schulen muss innerhalb des Unterrichtes verstärkt eine Schulung des Umgangs mit sozialen Netzwerken und der ganzen Bandbreite an Medien, sowohl on- als auch offline, stattfinden.

Pressefreiheit global bewahren und Pressekodex einhalten

Der Pressekodex sorgt für eine Wahrung von ethischen Grundsätzen von Journalist*innen. Doch in den letzten Monaten fand immer öfter eine breitere Auslegung bis hin zur Missachtung des Pressekodex statt. Eine strengere Regelung ist vor allem in zwei Punkten notwendig. Zum einen muss Werbung deutlicher von redaktionellem Inhalt unterscheidbar sein. Eine einfache Kennzeichnung reicht nicht aus, Schriftart beziehungsweise Formatierung der Werbung muss sich deutlich abheben vom redaktionellen Teil. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine Änderung des Satzes 'Die Abgrenzung vom redaktionellen Teil kann durch Kennzeichnung und/oder Gestaltung erfolgen.', indem das oder gestrichen wird. Kennzeichnung UND abweichende Gestaltung sind die einzigen Mittel, die Leser*innen vor Schleichwerbung zu schützen. Ein zweiter Aspekt, der strikter geregelt werden muss, ist die Wahrung der Anonymität bei der Berichterstattung über nichtöffentliche Personen. Darunter fällt nicht nur der Namen der betreffenden Person, sondern auch Herkunft beziehungsweise ethnische Zugehörigkeit sowie die Konfession und Erkrankungen, darunter auch psychische Gesundheit. Durch die Veröffentlichung dieser Angaben besteht die Gefahr, dass die Gesamtheit der Personen mit den

gleichen Eigenschaften von der Gesellschaft unter Generalverdacht gestellt werden. Insbesondere fällt das im Zuge von Terroranschlägen auf, bei denen die Täter*innen meist klar identifiziert und bereits festgenommen wurden, trotzdem allerdings die Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was in der letzten Zeit beispielsweise zu einem Aufschrei gegen Muslim*as und Migrant*innen geführt hat. Das Interesse der Öffentlichkeit ist hier zum Schutz dieser und anderer Personengruppen zurückzustellen. Wir fordern zudem, dass zukünftig auch Anzeigenblätter und ähnliche Veröffentlichungen unter den Pressekodex fallen müssen.

Im Sinne der Meinungs- und Informationsfreiheit fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Abschaffung von Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). In der Praxis zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, der Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Zudem sind die Maßstäbe sowohl für Verbote als auch Zulassungen willkürlich gewählt. Kritische Inhalte, etwa Volksverhetzung, müssen strafrechtlich verfolgt, statt ohne weiteren Folgen gesperrt werden.

Im Zuge der letzten Verletzungen der Pressefreiheit, in denen Journalist*innen als 'Lügenpresse' bezeichnet und von Konferenzen verwiesen wurden, in anderen Ländern sogar eingesperrt wurden, spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar für die Wahrung der globalen Pressefreiheit ohne Einschränkung aus.

Befugnisse von Verwertungsgesellschaften endlich regeln

Die bisherigen Verwertungsgesellschaften sind schwer zu überblicken, da jedes Medium eine eigene hat. Die Vergabekriterien werden von den Gesellschaften einzeln festgelegt, genaue Richtlinien dafür gibt es nicht. Zudem sind für einige Medien mehrere Verwertungsgesellschaften zuständig. Bei Bilderbüchern beispielsweise sind sowohl VG Wort, als auch die VG Bild + Kunst zuständig. Das ist vor allem problematisch, da Vergabeschlüssel auf die Beschlüsse der einzelnen Mitgliederversammlungen der Verwertungsgesellschaften zurückzuführen sind, die so sehr unterschiedlich ausfallen können. Um endlich für klare Strukturen und einheitliche Richtlinien zu sorgen, positioniert sich die GRÜNE JUGEND Bayern klar für eine einzige Vertretung von Urheber*innen, nicht aufgeteilt in dutzende Einzelbereiche. Außerdem fordern wir eine Gleichsetzung von digitalen und haptischen Medien, da beide mittlerweile eine gleichwertige Stellung in der Gesellschaft haben, und so auch für Urheber*innen honoriert werden müssen, ohne unterschiedliche Vergabekriterien. Um dies alles zu bewerkstelligen braucht das deutsche

Patent- und Markenamt mehr Mitarbeiter*innen, deren einzige Aufgaben die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaft ist, um zu gewährleisten, dass die zukünftigen Strukturen nicht nach eigenem Gutdünken arbeiten.

Den neuen Unirahmenvertrag, der etwa eine Einzelmeldung aller von Dozierenden digitalisierten Seminartexte vorsieht, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar ab. Dieser würde zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand führen, den die Hochschulen nicht bewältigen können.

Zur Verbesserung der aktuellen Lage fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Reformierung des Urheber*innenrechts wie laut unserer Beschlusslage vom Oktober 2016 und anschließend eine Regelung der Verwertungsgesellschaften auf EU-Ebene.

Preispolitik zum Schutz von Kulturgütern

Im digitalen Zeitalter müssen auch die Medien gleichberechtigt behandelt werden. So haben die haptischen Medien noch viele Vorteile, die digitale nicht genießen dürfen.

Für Kulturgüter gilt in Deutschland ein verminderter Steuersatz von 7% im Vergleich zu den normalen 19%. Dies betrifft bisher Bücher, Zeitungen, Erzeugnisse grafischen Gewerbes und Hörbücher auf Platten/Tonträgern. E-Book und Downloads müssen endlich die gleichen Vergünstigungen bekommen. Denn nicht die Form der Veröffentlichung ist entscheidend, sondern der kulturelle Wert. Mittelfristig fordert GRÜNE JUGEND Bayern daher die Erweiterung des verminderten Steuersatzes von 7% auf E-Books und Downloads von Hörbüchern.

Im April 2017 führt die deutsche Nationalbibliothek das Angebot an E-Books gleichwertig dem am haptischen Buch ein. Wir fordern die Erweiterung dieses Beschlusses auf Downloads von Hörbüchern und auf freiwilliger Basis auf Podcasts. Auch für diese Medien muss eine Preisbindung wie bei haptischen Büchern gelten.

Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA gefährden viele Bereiche unseres Lebens. Oft vergessen werden dabei kleinere Themen wie die Buchpreisbindung. Der Online-Buchhandel floriert und drängt in Richtung Oligopol beziehungsweise Monopol im Bereich des Buchhandels. Freihandelsabkommen laufen Gefahr auch hier nur die Belange der Großkonzerne zu vertreten und es könnte leicht zu einer Aushebung der Buchpreisbindung kommen. Mit dieser legen die Verlage die Buchpreise für die Händler*innen verbindlich fest. Ohne diese wird es durch die Vorherrschaft des Onlinehandels zu einem massenweisen Sterben der stationären Läden

kommen. Die GRÜNE JUGEND Bayern hält weiter an der Buchpreisbindung fest und fordert den Schutz dieser und dahingehend der Kulturgüter auch in Zeiten von Freihandelsabkommen.

Öffentlich-rechtliche Medienanstalten stärken

Für eine Demokratie ist, besonders in der Zeit von schneller Verbreitung falscher Meldungen via Social Media, unabhängige und sachliche Berichterstattung, auf deren journalistische Qualität Verlass ist, essentiell. Um diese garantieren zu können sind Medienanstalten, die in öffentlicher Hand sind, unverzichtbar. Trotzdem stehen öffentlich-rechtliche Medienanstalten, häufig auch zu Recht, in der Kritik, da viele Menschen den monatlichen Rundfunkbeitrag von 17,50 Euro monatlich, in Relation mit den angebotenen Programmen, für zu hoch erachten oder sich, auf Grund der Verpflichtung zu zahlen, in ihrer Freiheit beraubt sehen. Medien werden jedoch nicht zu Unrecht häufig als die vierte staatliche Gewalt bezeichnet, da wir als Gesellschaft auf Journalist*innen angewiesen sind, die politische und wirtschaftliche Handlungen aus einem kritisch-hinterfragenden Winkel beleuchten und ihre Arbeit auch allen Menschen zugänglich ist, um jede*r die Möglichkeit zu bieten, sich auf Grund der Faktenlage eine eigenständige Meinung zu bilden. Um hier einer möglichen Beeinflussung auf finanzieller Ebene vorzubeugen, spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar gegen die häufig auftretende Forderung aus, öffentlich-rechtliche Medienanstalten aus Steuermitteln statt über den Rundfunkbeitrag zu finanzieren und um Qualitäts-Journalismus garantieren zu können, lehnen wir ebenfalls Bestrebungen ab, die Mittel der Medienanstalten über eine allgemeine Senkung des Rundfunkbeitrages zu senken. Jedoch sollten Unternehmen angemessenere Beiträge leisten müssen. Bisher zahlen Unternehmen mit 50 und mit 240 Mitarbeiter*innen denselben Beitrag von 87,50 Euro im Monat und Unternehmen mit über 20.000 Mitarbeiter*innen, zahlen im Vergleich zu denen mit nur bis zu 8 Mitarbeiter*innen vergleichsmäßig wenig. Um hier angemessenere Zahlen zu erreichen und besonders kleinere Unternehmen zu entlasten, fordern wir Beitragszahlungen, die besser an die tatsächliche Mitarbeiter*innenzahl angepasst sind, in der Form, dass die Beiträge der Unternehmen sich auf 35 Cent pro Mitarbeiter*in belaufen sollten, sofern diese ihren Arbeitsplatz in Deutschland haben.

Für einen vielfältigen bayerischen Rundfunkrat

Neue Regelungen für die Zusammensetzung des bayerischen Rundfunkrates sind auf Grund eines grundsätzlichen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2014 schon länger erforderlich um Diversität und eine ausreichende Staatsferne zu garantieren. Das dies längst

überfällig ist, lässt sich zum Beispiel daran erkennen, dass zwar zahlreiche Vertreter*innen der christlichen Kirchen Sitze im Rundfunkrat haben, jedoch eine angemessene Vertretung für andere Glaubensrichtungen völlig fehlt. Auch sind die einzigen beiden Vertreterinnen von Frauenorganisationen Vertreterinnen christlicher Zusammenschlüsse. Deshalb fordern wir die bayerische Staatsregierung auf, Sorge für eine Neubesetzung des bayerischen Rundfunkrates zu tragen.

Besonders wichtig ist hier die Forderung, den Rundfunkrat weniger staatsnah zu besetzen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, Regierungsmitglieder von einer Tätigkeit im Rundfunkrat auszuschließen und den Anteil von staatlichen und staatsnahen Mitgliedern, wie Parlamentsmitglieder und hohe Wahlbeamte, auf ein Viertel zu beschränken und diese nach den vorherrschenden Fraktionsgrößen im Landtag aufzuteilen. Auch sollen Mitglieder in Parteivorständen keine Mitglieder des Rundfunkrates sein.

Zudem muss der Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG konsequent durchgesetzt werden, weshalb es notwendig ist, Frauen*-Organisationen in die Arbeit mit einzubringen. Aber auch Vertreter*innen queerer Perspektiven werden bisher im Rundfunkrat vermisst. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern im Rundfunkrat zwei Sitze an Vertreterinnen nicht-religiöser Frauen*-Organisationen sowie zwei weitere Sitze an Vertreter*innen queerer Organisationen zu vergeben.

Junge Menschen wieder mehr für die öffentlich-rechtlichen Formate zu begeistern, sollte ebenfalls ein Fokus der Personalpolitik sein, weshalb die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass der Bayerischen Jugendring ein zweites Mitglied entsenden darf, welches bei Entsendung nicht älter als 24 Jahre sein darf. Zudem müssen Schüler*innen, Azubis und Studierende besser vertreten werden. Um dies zu erreichen sollten sowohl die Landesschüler*innenvertretungen, die DGB Jugend sowie die Landes-Asten-Konferenz jeweils einen Sitz im Rundfunkrat bekommen.

Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass in Zukunft keine Vertreter*innen von Glaubengemeinschaften mehr im Rundfunkrat vertreten sind. Dies dient vor allem der Gleichberechtigung, da es nicht umsetzbar ist, alle Glaubensrichtungen, denen die Einwohner*innen Bayerns angehören, im Rundfunkrat zu repräsentieren. Zu diskutieren ist dabei eine Vertretung aus dem Bereich der Ethik oder des Humanismus.

Bei allen hier angesprochenen Änderungen der Besetzung des Rundfunkrates soll die ursprüngliche Anzahl von fünfzig Mitgliedern nicht überschritten werden. Zudem ist der Rat mindestens zur Hälfte mit Frauen* zu besetzen.

Feministische und queere Medienforschung vorantreiben!

In den meisten Fernsehsendungen, sowohl für Kinder als auch Erwachsene, werden ungesunde Körper- und nicht-gleichwertige Geschlechtsbilder vermittelt werden. Besonders die Darstellung von Frauen und Mädchen ist schon auf rein anatomische Weise unrealistisch und fördert Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper und Essstörungen. Auch die Darstellung der Charaktereigenschaften ist stark zu kritisieren: Hier werden konservative Rollenbilder vermittelt und durch die regelmäßige Wiederholung in den Medien gefestigt. Um eine emanzipierte und gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen, ist es jedoch notwendig, eben diese Rollenbilder aufzubrechen. Die Rolle, die die Medien hierbei spielen, ist eine ganz elementare, da sie als Vervielfältigungs- und Verbreitungsmöglichkeit dienen. Deshalb fordern wir, die bereits vorhandenen Bemühungen des Bayerischen Rundfunks, verschiedene Strategien zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen, noch weiter zu verstärken und konsequent umzusetzen. Dies wurde unter anderem durch die bereits geforderte verstärkte Vertretung von Frauen*interessen im Rundfunkrat unterstützt, jedoch reicht das allein nicht aus. Deshalb fordern wir ebenfalls die Einrichtung einer Fachstelle, die sich mit genderspezifischen Angelegenheiten befasst, sowie das in Auftrag geben von Forschung, zu den Möglichkeiten der konsequenten Durchsetzung von Gleichberechtigung im bayerischen Rundfunk. Zudem fordern wir die Einrichtung einer Fachstelle, welche sich für den Freistaat Bayern mit dem Thema Gender in Medien allgemein auseinandersetzt und ebenfalls als Beratungsstelle für Autor*innen und andere fungiert und sie damit darin unterstützt, in ihrer Arbeit die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen. Diese Fachstelle sollte in Kooperation mit dem Kultusministerium zudem eine Liste an Büchern für jede Schulart und Altersgruppe veröffentlichen, welche auf Grund ihres Umgangs mit Gender besonders loblich sind und deshalb Lehrer*innen als Schullektüren empfohlen werden.